

DIE KMU WEHREN SICH

«Nichts anderes als eine neue Steuer, die die KMU schröpft»



«Wir bezahlen schon seit Jahren nicht nur an die Billag, sondern auch noch an die Suisa, weil in unserem Geschäft Lautsprecher installiert sind und das Radio somit «öffentlich» ist. Zusammen sind dies jährlich 423.30 Franken. Nach der neuen Regelung würde sich der jährliche Betrag auch für uns auf 1000 Franken mehr als verdoppeln. Die neue Billag-Mediensteuer ist nichts anderes als eine neue Steuer, welche die KMU schröpft. Das brauchen und wollen wir nicht.»

Ruth und Urs Wertli,
Papeterie Wertli, Kloten ZH

«Diese Doppelbesteuerung ist schlicht eine Frechheit»



«Es kann nicht sein, dass unser neunköpfiges Team je 400 Franken bezahlt, und dann zahlen wir nochmals so viel oder noch mehr für unser Geschäft. Diese Doppelbesteuerung ist schlichtweg eine grosse Frechheit. Uns bleibt nichts anders übrig, als die Gebühren zu bezahlen oder die Radios auszubauen, was ein Witz wäre. Die aufgeblasene SRG bereichert sich mit dieser Steuer schlicht und einfach an den KMU. Ich bin dem Schweizerischen Gewerbeverband dankbar, dass er gegen diese neue unnötige Mediensteuer das Referendum ergriffen hat. Es kann und darf nicht sein, dass immer neue Steuern erhoben werden. Die KMU werden immer mehr zu Milchkuh der Nation.»

Doris und Beat Baumberger,
Gärtnerei Baumberger, Koppigen BE

«Gemeinsam gegen diese neue Schikane kämpfen»



«Für uns Garagisten ist diese zusätzliche und unnötige Billag-Mediensteuer eine Katastrophe. Wir erwirtschaften im Autogewerbe in der Regel hohe Umsätze mit minimalen Margen. Unsere Belegschaft zahlt privat im Jahr zusammen rund 13 000 Franken. Hinzu kämen noch die 2500 Franken für den Betrieb. Da kann ich nicht dahinterstehen, das ist schlicht und einfach eine Abzockerei der KMU. Es muss jedem Gewerbetreibenden bewusst sein, welche finanzielle Schikane mit dieser Billag-Abzockerei auf ihn zukommt. Wir müssen alle gemeinsam am selben Strick ziehen und dagegen kämpfen. Diese neue Steuer darf keine Chance haben.»

Andreas Birrer,
Inhaber Auto Birrer AG,
Sursee LU

NEUE MEDIENSTEUER – Mehr als 100 000 Unterschriften zeigen: Schweizerinnen und Schweizer haben genug von stets neuen Steuern. KMU und Private wehren sich dagegen Hand in Hand.

Der Kampf ist eröffnet



Ob Branchenverbände, Kantonalverbände, bürgerliche Parlamentarier oder ganz einfach engagierte Mitbürger allen Alters: Das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer wird weit über die KMU-Landschaft hinaus unterstützt. Der Grund: Weder KMU noch Private wollen sich weiter durch Steuern und Abgaben abzocken lassen.

Mehr als 100 000 Unterschriften gegen die neue Billag-Mediensteuer hat der Schweizerische Gewerbeverband sgv bei der Bundeskanzlei am 12. Januar eingereicht. Das sgv-Referendum war bereits nach rekordverdächtigen acht Wochen mit den minimal benötigten Unterschriften zustande gekommen – am Ende waren es gut doppelt so viele. «Damit ist der Kampf gegen die neue Billag-Mediensteuer eröffnet», freute sich sgv-Präsident Nationalrat Jean-François Rime bei der Übergabe vor den Medien. Die grosse Unterstützung aus allen Landesteilen belege die Wichtigkeit des Themas, so Rime: «Die Schweizer Bevölkerung hat die Nase voll von ständig neuen Abgaben, Gebühren und Steuern.» Schweizerinnen und Schweizer wollten sich nicht durch die neue Billag-Mediensteuer

abzocken lassen, und insbesondere Firmeninhaber lehnten die geplante Doppelbelastung entschieden ab.

Ein klares Signal gegen Abzockerei

«Das ist ein klares Signal», sagte der Gewerbepräsident: «Die Bevölkerung ist nicht bereit, neben Bundessteuer, Kantonssteuer, Gemeindesteuer, Kirchensteuer, Mineralölsteuer etc. neu auch noch eine neue Billag-Mediensteuer zu bezahlen.»

Rime dankte allen aktiven sgv-Mitgliedern, den kantonalen Gewerbeverbänden, den Branchenverbänden und den vielen Privaten ebenso wie den Parteien und Jungparteien für ihre Unterstützung beim Sammeln der Referendumsunterschriften. Stellvertretend für sie alle sagte der bei der Übergabe anwesende Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger:

«Das Beispiel Billag-Mediensteuer belegt, wie Unternehmer einmal mehr mit zusätzlichen Steuern belastet werden. Die vorgesehene Doppelbelastung ist schlicht nicht gerechtfertigt.»

Die Staatssender nicht vergolden

Doch nicht nur die drohende Doppelbelastung der Unternehmen – notabene für ein Produkt, das weder sie noch ihre Mitarbeitenden im Betrieb benötigen – ist inakzeptabel. «Mit den zusätzlichen Geldern würde die heute schon teure SRG vergoldet», kritisiert sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler. «Angesichts krasser Fehlleistungen» – Bigler erwähnt etwa SRF-Sendungen wie den «Jass im Puff» oder den völlig aus dem Ruder gelaufenen Schawinski-Talk mit Andreas Thiel – gebe es keinen Grund, die Staatssender mit einer neuen Steuer unbeschränkt zu füttern.

Und der Gewerbepräsident geht noch weiter. Im «Sonntags-Blick» warf er SRG-Generaldirektor Roger de Weck

vor, seinen Angestellten einen «Billag-Maulkorb» verpasst zu haben. «Unsere Argumente gegen die neue Billag-Mediensteuer werden in der SRF-Berichterstattung weitgehend ausgeblendet.»

Verteuerung vorgezeichnet

Erklärbar wird die Zurückhaltung der Staatssender angesichts der brisanten Tatsachen: Obwohl Unternehmer und Mitarbeitende bereits als Privatpersonen zahlen und auch wenn Betriebe weder Radio hören noch TV schauen können, sollen sie doppelt blechen. Und damit nicht genug: Der Bundesrat gibt sich mit der neuen Billag-Mediensteuer die absolute Kompetenz, diese künftig – ausserhalb jeglicher demokratischer Kontrolle – unbeschränkt erhöhen zu dürfen. Gründe genug also für ein **NEIN** zur neuen Billag-Mediensteuer. *En*

LINK
www.mediensteuer-nein.ch

DIE CVP-CONNECTION

Wes Brot ich ess...

CVP-Nationalrat Martin Candinas (*Bild*) plädiert für höhere Steuern. Konkret setzt sich der junge forsche Bündner für die von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard geforderte neue Billag-Mediensteuer ein. Aus der Tatsache, dass heute «nur» sieben Prozent der Unternehmen die Gebühr bezahlen, folgert Candinas frech, das vom Schweizerischen Gewerbeverband sgv höchst erfolgreich ergriffene Referendum (*vgl. Haupttext*) sei «ein Referendum der Schwarzseher». Pikant: Roger Braun, Autor des entsprechenden Artikels in der «Ostschweiz am Sonntag», war – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – vor seinem dortigen Engagement Kampagnenleiter bei der CVP Schweiz und davor Kommunikationschef der Luzerner Kantonalpartei... Wie schon die Medienministerin entwickelten offenbar auch Candinas und Braun bei der



CVP eine gewisse Wirtschaftsferne. Tatsache ist: Heute liefern Firmen 40 Millionen an die Billag ab – künftig sollen es 200 Millionen sein. Tatsache auch: Firmen können weder TV schauen noch Radio hören. Und die Privaten, die solches tun, zahlen bereits eine Billag-Mediensteuer. Zweimal für dieselbe Leistung blechen?! Bei der CVP scheint dies niemanden zu stören – bei den 300 000 vom sgv vertretenen KMU dagegen schon. Wie sonst wären mehr als 100 000 Unterschriften in Rekordzeit zusammengekommen?

En

SO TÖNTS IM NETZ

Bravo und Danke!

Grosser Widerstand gegen die Billag-Mediensteuer auch in den sozialen Medien: Die User auf Facebook äussern ihren Unmut über die gewerbefördernde Billag-Mediensteuer mit Kommentaren wie **Schluss mit der Abzockerei!**, **Genug ist genug** oder **sinnlos Zahlen**. Mit **Cool!**, **Super!**, **Bravo** und **Danke!** freuen sich die «Freunde» auf der Facebook-Seite des sgv über das Erreichen der mehr als 100 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei in Bern.

LINK
www.facebook.com/sgvusam

